NEWSLETTER

10

2023

NOVEMBER

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I

SPD

KONTAKT

Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030/22 77 12 60

Wahlkreisbüros

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
02722/6576884

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
02722/6576884

www.nezahat-baradari.de/

https://www.facebook.com/Baradari2023/

https://www.instagram.com/nezahatbaradari/

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Aus aktuellem Anlass weicht mein heutiges Intro zu diesem Nesletter von der übrlichen Form ab. Was aber bleibt: Ihr findet auf vielen Seiten interessante Beiträge über meine Abgeordnetentätigkeiten im Wahlkreis und natürlich auch in Berlin.

Aber nachdem in den letzten zwei Wochen viel über den Bundeshaushalt und die verschiedenen sogenannten Sondervermögen des Bundes gesprochen wurde, möchte ich an dieser Stelle anstatt des „normalen" Intros etwas Ordnung in die Haushalt- und Sondervermögen-Debatte bringen.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 15.11.2023 den 2. Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig und damit für nichtig erklärt, nachdem die CDU/CSU dagegen geklagt hatte. Entgegen der Behauptung der Opposition war dieses Urteil in diesem Ausmaß nicht unbedingt zu erwarten. Noch im vergangenen Jahr verzichteten die Karlsruher Richter auf eine einstweilige Anordnung gegen den umstrittenen Nachtragshaushalt, ein Instrument des Verfassungsgerichts, um bei eindeutigen Sachverhalten nicht zu schnell zu reagieren. Doch das Urteil ist gefallen. Und das muss man in einem Rechtsstaat akzeptieren. Die Bundesregierung hat zunächst mit der Sperrung verschiedener Sondervermögen und dann mit der Sperrung fast aller Haushaltstitel reagiert. Das hat zu großer Verunsicherung geführt.

Was bedeutet das konkret?

Der Bund geht zunächst keine Verpflichtungen über den 31.12.2023 hinaus ein. Gesetzliche Ansprüche wie Sozialleistungen werden in voller Höhe weiter gezahlt und bereits zugesagte Förderungen nicht zurückgenommen. Dringende Verpflichtungen über den Jahreswechsel hinaus können vom Bundesfinanzministerium genehmigt werden.
Kurzum: Niemand wird im Stich gelassen, aber neue Verpflichtungen

werden genauer geprüft.

Welche Auswirkungen hat das Urteil?
Das Urteil hat Auswirkungen weit über den Nachtragshaushalt hinaus, denn in der Urteilsbegründung werden erstmals Grundsätze für den Umgang mit der seit 2009 geltenden Schuldenbremse des Grundgesetzes aufgestellt. Nach eingehender Prüfung sind auch die Energie- und Fluthilfen der vergangenen Jahre verfassungsrechtlich zumindest fragwürdig. Da es für uns als verantwortungsvolle Regierungsfraktionen eine Selbstverständlichkeit ist, verfassungskonform zu handeln, müssen diese Zweifel nun ausgeräumt werden. Deshalb werden wir in den nächsten Wochen die Kredite aus den Sondervermögen 1:1 in den regulären Bundeshaushalt überführen. Voraussetzung dafür ist die Aussetzung der Schuldenbremse im Rahmen einer „nationalen Notsituation" für das Jahr 2023, über die wir voraussichtlich noch in dieser Woche beraten werden. Externe Verfassungsexperten haben uns zu diesem Schritt geraten.

Notlage - was ist das?

Die Schuldenbremse sieht eine Ausnahme für Notlagen vor, von der in den vergangenen Jahren mehrfach Gebrauch gemacht werden musste. Leider folgte auf die Corona-Pandemie direkt der Krieg in der Ukraine und in dessen Folge der Stopp der Gaslieferungen aus Russland. Mit zusätzlichen Mitteln, die ausserhalb der Schuldenbremse aufgenommen werden können, können die Folgen dieser Notlage gemildert werden. Genau diesen Zweck erfüllen die Gas- und Strompreisbremse.

Wie geht es nun weiter?

Wir haben das Haushaltsverfahren für 2024 erst einmal ausgesetzt, um uns zunächst den Auswirkungen auf den diesjährigen Haushalt 2023 zu widmen. Wir werden in den nächsten Wochen in der Koalition sehr ernsthaft diskutieren, wie wir mit den neuen Finanzgrundsätzen umgehen, die Karlsruhe uns vorgegeben hat. Wichtig ist dabei, dass wir als SPD klar auf der Seite der Schwächeren in der Gesellschaft stehen und weiter in die Zukunft unserer Wirtschaft investieren wollen. Insofern bitte ich noch um ein wenig Geduld, denn Ihr habt sicher Verständnis dafür, dass jetzt Gründlichkeit vor Schnelligkeit geht.

In diesem Sinne wünsche ich allen, dass ihr die Adventszeit auch mehr zum Abschalten von den täglichen Sorgen nutzen und im Beisein eurer Familien, eurer Liebsten und Freundinnen und Freunden verbringen könnt.

Eure

Nezahat

IMPRESSUM V. i. S. d. P.: Nezahat Baradari, Mitglied des Deutschen Bundestages;
Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Tel. 030 – 227 71260,
E-Mail: nezahat.baradari@bundestag.de
Fotos, sofern nicht anders angegeben: Bundestagsbüro Nezahat Baradari MdB/Privat

INHALT

--- Redaktionsschluss: 29.11.2023 ---

Intro zur Haushaltslage 1
Die Krankenhausreform geht alle an 4
Ort der Begegnung in Lüdenscheid 5
Kärrnerarbeit gehört dazu 6
Im Dialog mit Unternehmen 7
Wohnen muss bezahlbar bleiben 8
Viega: Seit 124 Jahren Stammsitz in Attendorn 9
Runder Tisch mit Bürgermeistern 10
Fördermittel für die Erlöserkirche? 11
KfW fördert TUMO +lernfab. Lüdenscheid mit 6,4 Mio. 12
Lebensmittel für Hilfebedürftige 13
Wunden zu heilen, aber auch die Toten zu ehren 14
Klare Priorität: Schutz der Menschen und Weidetiere 16
Besuch beim THW Attendorn 16
Gemeinsam für Fortschritt und Demokratie 17
Anhörung zum Cannabisgesetz: Geteilte Meinungen 18
A 45: Einladung an Minister Habeck 19
Für die Einhaltung des Völkerrechts 20
Schwere Entscheidung für die Gastronomie 21
Parlaments-Terminkalender 2024 22
Fraktion Intern Nr. 3 verfügbar 22

IMPRESSUM V. i. S. d. P.: Nezahat Baradari, Mitglied des Deutschen Bundestages; Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Tel. 030 – 227 71260,
E-Mail: nezahat.baradari@bundestag.de
Fotos, sofern nicht anders angegeben: Bundestagsbüro Nezahat Baradari MdB

Die Krankenhausreform geht alle an

Im Café Breddermann in Schalksmühle stand die geplante Krankenhausreform im Mittelpunkt. Der SPD-Ortsverein um den Vorsitzenden Hajo Kapfer hatte mich eingeladen und ich konnte über die Eckpunkte der geplanten Reform aus Berlin informieren. Die Krankenhausreform ist und bleibt ein Thema, das uns alle angeht. Denn die Gesundheitsversorgung ist für uns alle wichtig.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll die Krankenhausversorgung qualitativ und finanziell auf eine neue Grundlage gestellt werden. Es werden so genannte Leistungsgruppen eingeführt und für diese klare Qualitätskriterien formuliert, die ein Krankenhaus erfüllen muss. Die Zuordnung zu den Leistungsgruppen erfolgt durch die Bundesländer.
Um die bisherigen Fallpauschalen abzuschaffen, sollen die Kliniken eine feste Vorhaltepauschale erhalten, damit sie einen gesicherten finanziellen Sockel haben.Man kann sich das vorstellen wie bei der Feuerwehr: Ausrüstung und Personal müssen vorgehalten und finanziert werden, egal wie oft die Feuerwehr ausrückt.Bisher ist es so, dass Krankenhäuser umso mehr verdienen, je mehr Patienten und Eingriffe sie abrechnen - unabhängig von der Qualität der Behandlung. Der finanzielle Druck auf die Kliniken hat dazu geführt, dass Patienten teilweise „durchgeschleust" oder früher entlassen wurden, obwohl sie nicht vollständig genesen waren.

Die Reformpläne sehen vor, das medizinische Leistungsspektrum der Krankenhäuser künftig in Leistungsgruppen abzubilden. Nur Kliniken, die bestimmte Mindestanforderungen und Zertifizierungen erfüllen, werden in diese speziellen Leistungsgruppen aufgenommen. Je mehr Leistungsgruppen einem Krankenhaus anerkannt werden, desto höher wird es in einem Stufensystem eingestuft und erhält entsprechend mehr Geld. Ziel ist es, die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern und eine Entökonomisierung zu erreichen. Denn wir alle wollen eine gute Versorgung, eine spezialisierte Versorgung. Es macht einen Unterschied, ob Ärztinnen und Ärzte dreimal am Tag operieren oder dreimal im Monat.
Mit dem Krankenhaustransparenzgesetz sollen Patientinnen und Patienten unter anderem mehr Informationen über die Qualität der Krankenhäuser in ihrer Nähe erhalten.
In der lebhaften gemeinsamen Diskussion in Schalksmühle stand auch das Klinikum Lüdenscheid im Mittelpunkt. Ich persönlich hoffe und glaube, dass es als „kommunales Haus der Maximalversorgung" eine andere Finanzierungsform erhält als andere Krankenhäuser.
Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass die NRW-Landesregierungen in den letzten 20 Jahren ihrer Verantwortung, die Investitionskosten der Krankenhäuser zu finanzieren, kaum nachgekommen sind und hier große Defizite bestehen. Derzeit gibt es in NRW einen Investitionsstau von über 16 Milliarden - davon ist auch das Klinikum Lüdenscheid betroffen. Allein der Brandschutz ist ein Problem für sich.

Der Bund hat die Krankenhäuser in den vergangenen Jahren massiv unterstützt: Mit 22 Milliarden Corona-Hilfen, über 6 Milliarden Energiehilfen und 3 Milliarden für den Krankenhausstrukturfonds. Aber das kann kein Dauerzustand sein, kein Fass ohne Boden. Die Länder bleiben für die Krankenhausplanung zuständig - sie müssen sich auch finanziell stärker engagieren.
Derzeit kann das Krankenhausreformgesetz nicht wie geplant zum 1. Januar 2024 in Kraft treten, weil es keine Einigung mit den Ländern gibt. Die Verhandlungen laufen.

Zusammenmit dem Ortsvereinsvorsitzenden Hajo Kapfer

Ort der Begegnung in Lüdenscheid

Kürzlich war ich zu Gast beim AWO-Ortsverein Lüdenscheid. In der Begegnungsstätte in der Marienstraße führte mich Heidi Skorupa durch das Haus und informierte mich über die vielfältigen Angebote des Ortsvereins. So kamen wir auch mit den Ehrenamtlichen der Kleiderkammer ins Gespräch – ein Angebot, das sich in Lüdenscheid großer Beliebtheit erfreut. Für wenig Geld kann hier gut erhaltene Kleidung erworben werden. Das Einzige, was den Helferinnen und Helfern der AWO in der Marienstraße fehlt, ist Platz. Denn die Auswahl in der Kleiderkammer ist groß.

Auch der regelmäßige Mittagstisch in der Begegnungsstätte kommt sehr gut an. Hausmannskost gegen einen kleinen Kostenbeitrag kochen die Ehrenamtlichen regelmäßig für viele Besucher. Einen regelrechten Ansturm löse regelmäßig das Reibekuchenessen aus, informierten mich die Ehrenamtlichen. Bei meinem Besuch durfte ich leckeren selbstgebackenen Kuchen probieren, den Heidi Skorupa vorbereitet hatte. Gemeinsam mit den Gästen der Begegnungsstätte kamen wir schnell ins Gespräch über die Frühstücksangebote, Bingo- und Spielenachmittage und Ausflüge. Um diese weiterhin anbieten zu können, ist die AWO immer auf der Suche nach neuen Ehrenamtlichen, die sie bei ihrer Arbeit unterstützen. Nach meinem Besuch kann ich sagen, dass sich dieses Engagement in dem lebendigen Haus auf jeden Fall lohnt.

Kärrnerarbeit gehört dazu

■ Gemeinsam mit meinem Parteikollegen Dirk Franke, der zudem auch Vorsitzender des Lüdenscheider SPD-Ortsvereins Honsel/Worth ist, habe ich kürzlich in Lüdenscheid Flyer verteilt. Unterstützt wurden wir dabei netterweise von Nico Franke-Jantzen und Dominic Walper. Mit dabei hatten wir die Flyer zur Halbzeitbilanz der derzeitigen Legislaturperiode – aus denen hervorgeht, welche Ziele wir bisher schon erreicht haben, welche Vorhaben wir umsetzen konnten. Und das sind nicht wenige: Die Erhöhung des Mindestlohns, das neue Wohngeld Plus, das sozialere Bürgergeld, der Anstieg der Renten, Tempo beim Klimaschutz und das neue Einwanderungsgesetz. Grund genug also, das eine oder andere Gespräch am Gartenzaun zu führen.

■ Herzliche Gratulation an alle neu Gewählten des neuen Unterbezirksvorstands Märkischer Kreis. Vielen Dank für diese Möglichkeit. Glück Auf und auf gute Zusammenarbeit!.

■ Wir schlagen ein neues Kapitel in der Geschichte der SPD im Kreis Olpe auf. Auf unserem Parteitag haben die Delegierten mit einer großen Mehrheit mit mir und Sebsatian Menn erstmals eine Doppelspitze gewählt. Unser Ziel ist insbesondere die Stärkung der Mitgliedschaft. Politik muss wieder Spaß machen. Wir bedanken uns auch bei Michael Roth für seinen Besuch und die eindringlichen Worte.

Unserem Neumitglied Jasmin durfte ich direkt ihr Parteibuch überreichen. Jasmin ist 16 Jahre alt, Schülerin und im Kinder- und Jugendparlament engagiert.
Kurz zuvor ist sie gemeinsam mit ihrer Freundin Kimberly (die leider nicht zum Parteitag kommen konnte) in die SPD eintreten. Geworben hat beide Walter Sinzig.
Herzlich willkommen in der Sozialdemokratie, liebe Jasmin!

Im Dialog mit Unternehmen

Die Energiepreise und die konjunkturelle Lage der Unternehmen im Kreis Olpe sind derzeit die bestimmenden Themen bei Verbrauchern und Unternehmen. Zum Gedankenaustausch traf ich mich jetzt bei MENNEKES mit dem Geschäftsführer der IHK Siegen, Klaus Gräbener, Christopher Mennekes (geschäftsführenden Gesellschafter der Mennekes Gruppe), Patrick Grosshaus (Geschäftsführer Egon Grosshaus GmbH & Co KG) und Peter W. Schauerte (Geschäftsführer Ariane Aluminium Systeme GmbH & Co. KG).

v. l. n. r.: Klaus Gräbener, Nezahat Baradari MdB, Christopher Mennekes, Patrick Grosshaus und Peter Schauerte

Das Thema Energie ist derzeit mitentscheidend für die wirtschaftliche Situation der Unternehmen. Gerade kleinere Unternehmen, die noch relativ wenig Energie verbrauchen, müssen oft eine doppelt so hohe Energierechnung bezahlen wie noch vor einem Jahr. Für ein kleines Unternehmen kann das schnell einen Millionenbetrag ausmachen. Das beschlossene Strompreispaket sei zwar ein richtiger Schritt, helfe aber vor allem den energieintensiven Unternehmen. Zu diesen zählen sich die anwesenden Unternehmensvertreter nicht. Die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau sei ein richtiger Schritt, „aber auch längst überfällig und sollte auch für Privatpersonen gelten", so Klaus Gräbener.
„Das können wir uns bei allem betriebswirtschaftlichen Einfallsreichtum nicht mehr lange leisten, wenn die Politik uns nicht schnell unterstützt", betonte Klaus Gräbener. Auch die Diskussion um die weitere Wirkung der Energiepreisbremse sei für unternehmerische Entscheidungen nicht förderlich.
Alle Unternehmensvertreter sprachen sich unisono für langfristige Rahmenbedingungen aus, insbesondere im Hinblick auf bezahlbare Strompreise. Ohne diese sei die Planungsunsicherheit groß und berge hohe Risiken, der Industriestandort Deutschland werde zunehmend „unattraktiv", so Patrick Grosshaus. „Motivierend ist das alles nicht", ergänzte Peter W. Schauerte.

Weitere Themen der Gesprächsrunde waren die sinkende Binnennachfrage, der Fach- und Arbeitskräftemangel sowie die steigenden Arbeitskosten. Erste Unternehmen auch im Kreis Olpe fahren bereits wieder Kurzarbeit.
Hinzu kämen eine stetig wachsende Bürokratie und überbordende Berichtspflichten. „Das ist wachstumshemmend", kritisierte Klaus Gräbener. Ich stimmte ihm zu, dass hier in einigen Ministerien (auf Bundes- und auch auf Landesebene) über eine Verschlankung von Gesetzen und Verordnungen nachgedacht werden müsse. So müsse beispielsweise nicht jeder Bauantrag komplett neu geprüft werden, wenn das Gebäude schon einmal baugleich genehmigt worden sei. Hier forderte die IHK, den Neubau stärker zu fördern und die Standards zu senken.

Wir waren uns alle einig, dass der von Bundeskanzler Scholz angeregte Deutschlandpakt ein guter Ansatz sei. „Mit ihm sollen alle staatlichen Stellen entschlossen Tempo und Mut zeigen, um unser Land von Grund auf schneller, moderner und sicherer zu machen." Der Pakt sieht vor, Planungen, Genehmigungen und deren Umsetzung zu beschleunigen, Zukunftsinvestitionen zu stärken, die Verwaltung zu modernisieren, mehr Fachkräfte aus dem In- und Ausland anzuwerben und gleichzeitig die illegale Migration zu begrenzen. Auf die Umsetzung komme es aber an, ergänzte Gräbener.
Ich freue mich, dass wir uns in vielen Punkten einig sind, auch wenn wir in manchem Detail unterschiedlicher Meinung sind. Denn eines ist klar: So wie jetzt kann es nicht weitergehen. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung. Und das können wir hier in Südwestfalen!

Wohnen muss bezahlbar bleiben

Wohnen muss bezahlbar bleiben“ – unter diesen Titel hatten wir die Fraktion vor Ort Veranstaltung in Halver gestellt. Im Kulturbahnhof konnte ich neben vielen interessierten Besuchern auch meinen Bundestagskollegen Timo Schisanowski als Experten zu diesem Thema begrüßen. Timo ist unter anderem Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bau und Kommunen und war früher selbst in der Wohnungswirtschaft tätig.

Auch in Halver stand die durchaus historische Reform des Wohngeldes im Mittelpunkt. Eine Reform, die deutlich eine sozialdemokratische Handschrift trägt. Das Wohngeld wurde deutlich erhöht – und der Kreis der Anspruchsberechtigten verdreifacht. Vor allem Rentnerinnen und Rentner, Familien und Alleinerziehende profitieren vom neuen Wohngeld.

„Damit drücken wir auch unsere Wertschätzung für die Menschen aus, die jeden Morgen zur Arbeit gehen, die ‚den Laden am Laufen halten‘, aber trotzdem wenig verdienen. Sie wollen wir mit dem Wohngeld Plus unterstützen“, so Timo Schisanowski. Auch die Wohngeldstellen sollen durch die Reform entlastet werden – so kann der Bewilligungszeitraum von bisher 12 auf 24 Monate verlängert werden.

Wie wir aber auch an diesem Abend wieder feststellen mussten, bleibt das Thema Wohnen ein schwieriges: Wir brauchen deutlich mehr Wohnungen. Im Koalitionsvertrag konnten wir als SPD unser Ziel aus dem Wahlprogramm, jährlich 400.000 Wohnungen zu bauen, davon 100.000 Sozialwohnungen, festschreiben. Doch zwei Jahre später sieht die Situation deutlich anders aus: Explodierende Baukosten und stark gestiegene Zinsen bremsen den Fortschritt in diesem Bereich, viele Projekte werden nicht realisiert. Hier sind Timo und ich uns einig: Die Wohnungswirtschaft muss entlastet werden. Zum Beispiel durch beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren, durch die Förderung des seriellen oder modularen Bauens. Die

Zusammen mit Timo Schisanowski und Ralf Jürgenmeyer (r.)

Politik darf das Bauen nicht weiter verteuern. „Deutlich schnellere Baugenehmigungen erhoffe ich mir durch den Deutschlandpakt und die Digitalisierung“, fasste ich zusammen.

In einer angeregten Diskussion konnten wir uns mit den Besuchern vor Ort austauschen.

Ich möchte mich ausdrücklich beim Ortsverein Halver und seinem Vorsitzenden Ralf Jürgensmeyer für den freundlichen Empfang bedanken. Die Bewirtung der Gäste mit leckeren Speisen erfolgte durch den Ortsverein Halver.

Viega: Seit 124 Jahren Stammsitz in Attendorn

Zusammen mit (v. l.) Andreas Fielhaus, Dr. Sandra Bell und Benedikt Grebe

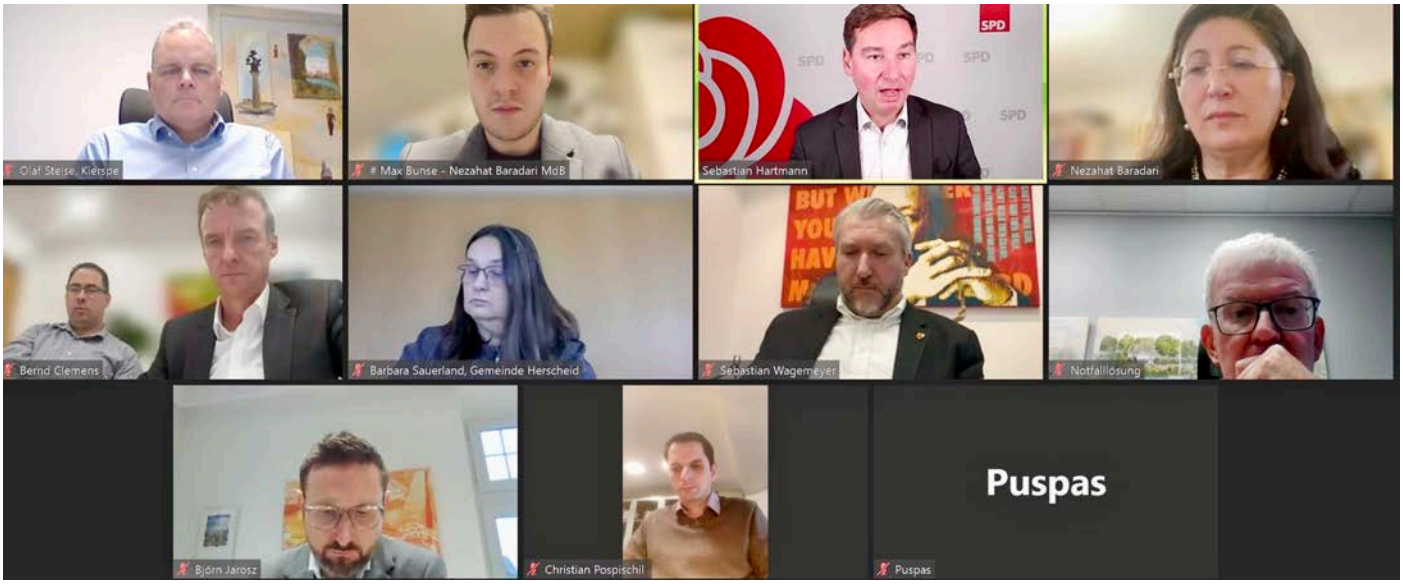
Vor welchen Herausforderungen stehen Bauherren und Unternehmer, um die Klimaschutzziele in den nächsten Jahren zu meistern?
Das war eine der Fragen, über die ich mich in der „Viega World" in Attendorn mit Geschäftsführung und Mitarbeitern austauschte. Dabei wurde deutlich, dass in der Vergangenheit beim Thema Energiesparen zum Beispiel in Einfamilienhäusern und großen Wohnanlagen viel zu wenig auf die Warmwasserbereitung geachtet wurde.

Doch gerade hier lassen sich in Zukunft mit intelligenter Technik enorme Einsparziele erreichen. In der Viega World, in der nach Unternehmensangaben schon heute die Nachhaltigkeits- und Effizienzanforderungen von morgen erfüllt werden, wird die Zukunft des Bauens sichtbar und erlebbar gemacht.
Es freut mich, dass ein Großteil der rund 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kreis Olpe beschäftigt ist und das Familienunternehmen Viega wie seit 124 Jahren seinen Stammsitz in Attendorn hat.

Ich werde mich auch in Berlin für das Thema einsetzen und diese Innovationen made in Sauerland den Berichterstattern und Sprechern meiner Fraktion näherbringen. Wir waren uns alle einig, dass beim Neubau und bei der Sanierung von Gebäuden der Energie- und Ressourcenverbrauch viel stärker berücksichtigt werden muss.

Ich bin froh, dass wir im Kreis Olpe ein so starkes Unternehmen wie Viega haben, das schon vor Jahrzehnten erkannt hat, dass nachhaltiges Bauen einen so hohen Stellenwert in der Gesellschaft hat. Hygienisch einwandfreies Trinkwasser, das mit modernster Technik aufbereitet wird, sowie intelligente und ressourcenschonende Heizwassersysteme sind enorm wichtig für die Energieeinsparung und können ein internationaler Wettbewerbsvorteil sein.

Runder Tisch mit Bürgermeistern



Ich habe die Bürgermeister der Städte des Kreises Olpe und des südlichen Märkischen Kreises zu einem Austausch mit meinem Bundestagskollegen und innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sebastian Hartmann, MdB, eingeladen, da die Flucht- und Migrationslage erneut schwierig geworden ist und die Herausforderungen für die Kommunen in diesem Bereich in den letzten Monaten deutlich zugenommen haben. Kürzlich wurde von offiziellen Stellen berichtet, dass im Jahr 2023 mit über 300.000 neuen Asylanträgen gerechnet wird. Diese Situation führt auch vor Ort zu spürbaren Schwierigkeiten.

Die Zahl der Ukraine-Kriegs-Flüchtlinge, die SGB-II-Leistungen erhalten, stellt den Bund vor besondere finanzielle Herausforderungen. Vor kurzem erklärte unser Bundeskanzler die Situation zur Chefsache und kündigte Fortschritte bei der Rückführung durch vereinfachte Verfahren an. Die Bürgermeister vor Ort begrüßen diese Maßnahmen.

Dies ist ein wichtiges Gesetzespaket, welches von der Bundesregierung eingereicht wurde. Für mich ist es offensichtlich, dass es als größte Regierungsfraktion von großer Bedeutung ist, einen direkten Kontakt zu den Städten und Gemeinden vor Ort aufrechtzuerhalten. Dadurch wird verständlicher, wo es drückt und wo es Handlungsbedarf für die Gesetzgebung gibt.

Die finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen wurde positiv aufgenommen. Es wurden jedoch auch Herausforderungen wie die Unterbringung und Integration von Geflüchteten angesprochen. Sebastian Hartmann stellte den Bürgermeistern den aktuellen Stand der Verhandlungen zur europäischen Asyl- und Migrationspolitik (GEAS) sowie zu Rückführungsabkommen mit Drittstaaten vor. Moldawien und Georgien wurden entschieden zu sicheren Drittstaaten. Es ist offensichtlich, dass die gegenwärtigen globalen Migrationsbewegungen enorme Herausforderungen für uns auf allen Ebenen darstellen.

Ich bin dankbar, dass viele Bürgermeister aus meinem Wahlkreis meiner Einladung gefolgt sind und offen über ihre konkreten Sorgen und Schwierigkeiten in ihren Gemeinden berichtet haben. Sebastian und ich nehmen die Themen Finanzierung, Integration und klare europäische Ordnung der Fluchtmigration mit nach Berlin. Auf diese Weise können wir den Schutzbedürftigen umfassend humanitär gerecht werden. An dieser Stelle möchte ich mich bei den vielen Ehrenamtlichen bedanken, ohne die vieles nicht möglich wäre.
Ich freue mich sehr, dass wir vereinbart haben, den Dialog zu kommunalpolitischen Themen und zur Migration fortzusetzen.

LINK zur Migrationspolitik der Bundesregierung

Fördermittel für die Erlöserkirche?

Die Kirche im Herzen von Lüdenscheid" – so nannte Iris Espelöer (Finanzkirchmeisterin) die Erlöserkirche, in der ich mich mit ihr, Martin Pogorzelski (Assessor des Kirchenkreises), Jürgen Jerosch (Pfarrer der Gemeinde), Jan Trimpop (stellvertretender Vorsitzender des Presbyteriums), Gustav Viol (Baukirchmeister) und Christa Woschée (Architektin und zuständig im Evangelischen Kreiskirchenamt Sauerland-Hellweg) traf. Das Thema: der marode Turm der Erlöserkirche, „des ältesten Gebäudes im märkischen Sauerland, erbaut 1072", wie mir Iris Espelöer erklärte.

Ausgerechnet im Festjahr zum 950-jährigen Bestehen der Kirche im Jahr 2022 hatte ein Sturm dafür gesorgt, dass Schieferplatten auf den Kirchplatz geweht wurden. Bei der anschließenden Schadensbegutachtung wurde festgestellt, dass der Turm saniert werden muss. Seitdem ist der Haupteingang der Kirche mit einem Bauzaun abgesperrt, die Kirche kann aber weiterhin genutzt werden. Nicht nur die Schiefereindeckung des Kirchendaches, sondern auch die Schalung und die Dachkonstruktion der Turmhaube müssen erneuert werden, ergaben die Untersuchungen. Ein teures Unterfangen. Deshalb habe ich mich bereits im Frühjahr mit den Verantwortlichen über mögliche Fördermittel aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm ausgetauscht.

Denn die Erlöserkirche, die das Bild der Lüdenscheider Oberstadt entscheidend prägt, steht seit 1986 unter Denkmalschutz. Obwohl Denkmalschutz und Denkmalpflege in erster Linie Ländersache sind, ist der Erhalt national bedeutsamer Kulturdenkmäler seit jeher ein Schwerpunkt der Kulturpolitik des Bundes. Nachdem die Erlöserkirche in diesem Jahr keine Fördermittel aus dem Sonderprogramm erhalten hat, hoffen alle Beteiligten auf das kommende Jahr.
Bei meinem Besuch in der Erlöserkirche, die zur Evangelischen Versöhnungs-Kirchengemeinde gehört, berichteten mir Iris Espelöer und ihre Mitstreiter nicht nur von den Problemen rund um den maroden Turm, sondern auch vom aktiven Gemeindeleben. Vor allem im Gemeindehaus werden zahlreiche Aktivitäten und Gruppen angeboten, auch in der Jugendarbeit tut sich viel. In der Erlöserkirche finden zudem zahlreiche Konzerte statt, die Gemeinde ist musikalisch breit aufgestellt – von Meisterkonzerten über Jazz bis hin zu Beiträgen der Musikschule. Eine vernetzte Gemeinde mit Zukunft, deren Türen (fast) immer offen stehen.

„Deshalb laden wir Sie herzlich ein, diese unsere Sache auch zu Ihrer Sache zu machen", appellierte Iris Espelöer. Ein Appell, dem ich gerne nachkomme und mich gerne engagiere. Ich habe aber auch die schwierige Haushaltslage angesprochen und dass ich mich gerne kümmere, aber nichts versprechen kann.

Ich werde sowohl mit den Verantwortlichen über den neuen Antrag auf Fördermittel aus dem kommenden Denkmalschutzprogramm sprechen, als auch mit den entsprechenden Kollegen in Berlin Kontakt aufnehmen.

Denn ich finde: Aus touristischer, kultureller, gesamtgesellschaftlicher, historischer und auch religiöser Sicht ist die Erlöserkirche definitiv ein wichtiger und zentraler Punkt in Lüdenscheid.

KfW fördert TUMO +lernfab. Lüdenscheid mit 6,4 Mio.

Für das TUMO +lernfab. Lüdenscheid und die umliegende Region war es ein bedeutendes Ereignis, als der Zuwendungsbescheid des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im November feierlich übergeben wurde. Mein Kollege Johannes Vogel und ich übergaben in der Stadtbibliothek zusammen mit dem parlamentarischen Staatssekretär Dr. Jens Brandenburg eine Mappe mit der Zusage von rund 6,4 Millionen Euro vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

Gemeinsam mit Dr. Jens Brandenburg (1. v. l.), Bürgermeister Sebastian Wagemeyer (3. v. l.) und Johannes Vogel (r.) bei der Übergabe des Förderbescheids:

Die Stadt Lüdenscheid und die b.invest gGmbH freuen sich sehr, dass das Projekt jetzt umgesetzt wird. Dank dieser großzügigen Förderung kann die Vision, einen Ort zu schaffen, an dem Jugendliche selbstständig digitale und kreative Technologien und Fähigkeiten erlernen und befähigt werden, mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts umzugehen, endlich Wirklichkeit werden.

TUMO ist ein Bildungsprogramm für 12- bis 18-jährige Jugendliche. Es umfasst Digitalkompetenzen, Technologie und Design. Die Jugendlichen lernen in modernen TUMO-Lernzentren ca. vier Stunden pro Woche in Begleitung von Coaches. Dabei nutzen sie Selbstlernphasen, Workshops und Projektarbeit. Die Lernmodule beinhalten Robotik, 3D-Modellierung, Animation, Grafikdesign, Filmerstellung, Musik, Fotografie, Zeichnen, Programmierung und Spielentwicklung. Die Teilnahme an TUMO ist für Jugendliche kostenfrei.

Die KfW sieht die schnelle und erfolgreiche Umsetzung von TUMO Berlin als erfolgreichen „Beweis des Konzepts“ und übernimmt gezielt eine Koordinations- und Beratungsrolle.

LINK zum Rathaus Lüdenscheid und der Förderbescheid Übergabe mit weiteren Infos

Lebensmittel für Hilfebedürftige

Zu Gast bei der Schalksmühler Tafel konnte ich mich nun nicht nur vom Engagement der Ehrenamtlichen überzeugen, sondern auch ein wenig mithelfen. In der Ausgabestelle des Vereins in Halver wurde ich unter anderem von Tanja Rolf und Sabine Kapfer empfangen, die mich über die Arbeit und die Besonderheiten vor Ort informierten.

So hat die Schalksmühler Tafel vor vielen Jahren auch die Ausgabe der Lebensmittel in Halver übernommen, die Halveraner Tafel in ihrem Verein integriert. Gepackt werden die verschiedenen Kisten mit Gemüse, Obst, Konserven, Süßigkeiten, frischen Waren wie Wurst oder Käse in Schalksmühle – in der Ausgabestelle in Halver ist dafür kein Platz. Mit dem großen Lieferwagen geht's dann in die Stadt ins Grüne.

Lange nicht die einzigen Aufgaben der Tafel-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter. Denn die Lebensmittel müssen bei den Supermärkten abgeholt, kontrolliert und sortiert werden. Jeden Tag gibt es mehr als genug Arbeit.

Deshalb würden sie sich auch noch über weitere ehrenamtliche Unterstützung freuen. Zudem kommen zu jedem Ausgabetag mindestens ein bis zwei neue Menschen oder Familien dazu, die in den Kreis der Empfänger aufgenommen werden möchten. Dafür reicht etwa der Nachweis, dass das Einkommen gering ist, Bürgergeld bezogen wird oder die Menschen anderweitig hilfsbedürftig sind. Rentnerinnen und Rentner, die nicht mehr so mobil sind, werden sogar mit Lebensmitteln beliefert.

Ich bin immer wieder dankbar zu sehen, mit wieviel Engagement sich die Menschen in unserer Region für Hilfsbedürftige einsetzen. Einen Umschlag mit einer kleinen Finanzspritze für die Tafel habe ich deshalb sehr gerne in Halver übergeben. Und ich komme auch gerne wieder vorbei, um mit anzupacken.

Wunden zu heilen, aber auch die Toten zu ehren

Am Volkstrauertag hatte ich die Ehre, beim St. Matthäus Schützenverein Rüblinghausen in der Heilig-Geist-Kirche zu Olpe, die Rede zu halten. Hier könnt ihr sie im Wortlaut nachlesen:

Sehr geehrte Gäste, liebe Besucherinnen und Besucher,

ich danke dem St. Matthäus Schützenverein Rüblinghausen und seinem 1. Vorsitzenden Joachim Kleine für die Ehre, an einem solchen Tag zu Ihnen sprechen zu dürfen.

„Leiden zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch die Toten zu ehren, Verlorene zu beklagen, bedeutet die Abkehr vom Hass, bedeutet die Hinkehr zur Liebe, und unsere Welt hat Liebe not."

Das waren die Worte des damaligen Reichspräsidenten Paul Löbe, als der Reichstag 1922 erstmals der Toten gedachte – nachdem der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 1919 einen Gedenktag vorgeschlagen hatte. Die Trauer um die Toten ist die Abkehr vom Hass und die Hinwendung zur Liebe.

In seiner langen Geschichte hat der Volkstrauertag mehrere Wandlungen erfahren und wurde während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Dritten Reich als Heldengedenktag missbraucht. Seit 1952 wird der Volkstrauertag zwei Sonntage vor dem ersten Advent begangen und steht heute für das Gedenken an die Toten der beiden Weltkriege und die Opfer von Gewaltherrschaft.

Die diesjährige zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag am 19. November 2023 im Deutschen Bundestag, veranstaltet vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, steht unter dem Motto „Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg". Es ist der zweite Volkstrauertag, an dem wir nicht nur der Toten der Kriege der Vergangenheit gedenken, sondern auch um die Opfer von Krieg und Gewalt in der Gegenwart trauern müssen.

In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt auf der deutschen Nachkriegsgeschichte und insbesondere den deutsch-französischen Beziehungen. Der Élysée-Vertrag, der vor 60 Jahren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich geschlossener Freundschaftsvertrag, wird als Grundstein der deutsch-französischen Aussöhnung betrachtet.

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung werden auch vier kurze Beiträge zum Thema „70 Jahre Jugendarbeit auf Kriegsgräberstätten" aus der Zivilgesellschaft zu hören sein. Es ist von unschätzbarer Bedeutung, dass auch junge Menschen diese Geschichte nicht vergessen und daraus für die Zukunft lernen.
Wussten Sie, dass es allein auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland über 12.000 Kriegsgräberstätten gibt, auf denen mehr als 1,8 Millionen deutsche und ausländische Kriegstote des Ersten und Zweiten Weltkrieges ihre letzte Ruhestätte gefunden haben?

Der Volkstrauertag gehört zu den so genannten stillen Tagen. Und das soll er auch bleiben: still. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine geht ins zweite Jahr. Zwei Jahre unermessliches Leid. Und kein Ende in Sicht – kein Frieden oder wenigstens ein Waffenstillstand. Der Konflikt im Nahen Osten ist erneut ausgebrochen und verursacht auf beiden Seiten Leid und Tod- insbesondere für Unschuldige, insbesondere für Kinder. Nur wenige Flugstunden entfernt müssen Menschen Leid, Flucht und Tod erleben. Ganze Städte werden zerstört und zahllose Familien verlieren ihre Zuflucht, ihre Heimat, ihr Zuhause sowie ihre Zukunft. Die Angst vor einer weiteren Eskalation des Konflikts wächst nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in

Osteuropa und auf der ganzen Welt. Dabei haben wir doch Frieden nötig, wie nie zuvor.

Damit verbunden sind viele Fragen, die schwer zu beantworten sind und auf die es keine einfachen Antworten gibt. Was macht einen guten Frieden aus? Wie bleibt Frieden stabil? Welche Grundvoraussetzungen sind notwendig? „Was ist ein guter Friede und wie können aus Feinden Freunde werden?", fragt Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan. Und weiter: „Die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit ist eine elementare Voraussetzung für ein friedliches Miteinander."

Zur Rechtsstaatlichkeit sind alle Länder und alle Regierungen aufgerufen. Menschenrechte gelten für alle und keine Regierung steht über dem Gesetz.

Wir leben in einer Zeit, in der Kriege wieder eine Möglichkeit sind – auch mitten in Europa –, und die militärische Logik scheint die diplomatische zu übersteigen. Damit sollten wir uns als Menschheit und Weltgemeinschaft niemals zufriedengeben. Einst sagte Helmut Schmidt, es sei besser, hundert Stunden vergeblich zu verhandeln, statt auch nur eine Minute zu schießen. Das ist sonst ein Bruch mit unserer Zivilisation. Und wir können, ja wir müssen aus der Geschichte lernen. Immer und immer wieder. So kann ich mich auch aus persönlichen und menschlichen Gründen der Auffassung von einem „kriegsfähigen" und „kampfbereiten" Deutschland nicht anschließen.

Die eingangs zitierten Worte von Paul Löbe sind aktueller denn je. Und lassen Sie sie mich zum Schluss noch einmal wiederholen:

„Leiden zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch die Toten zu ehren, Verlorene zu beklagen, bedeutet die Abkehr vom Hass, bedeutet die Hinkehr zur Liebe, und unsere Welt hat Liebe not."

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

Meschede-Eversberg-Kriegsgräberstätte

Foto: Stefan Flöper-cc-by-sa-4.0,-Wikimedia Commons

Klare Priorität: Schutz der Menschen und Weidetiere

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Wiederansiedlung des Wolfes in Deutschland gelungen ist. Dies ist auf den ersten Blick ein Erfolg der politischen Weichenstellungen für den Natur- und Artenschutz in Deutschland in den letzten Jahren.

Mit unserem Positionspapier setzen die NRW-Bundestagsabgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion aber auch neue Impulse für ein angepasstes Wolfsmanagement.

Symbolbild: Wölfe beim Jagen eines Schafes (AdobeStock_181160183_Tomas Hulik)

Für mich ist klar: Gerade in den ländlich geprägten Kreisen Olpe und Märkischer Kreis geht der positive Trend in der Populationsentwicklung des Wolfes auch mit erheblichen Herausforderungen und Zielkonflikten einher. Insbesondere für unsere heimische Landwirtschaft mit ihren Weidetierhalterinnen und -haltern in meinem Wahlkreis stellt die wachsende Wolfspopulation eine große Herausforderung dar.

Der Schutz der Menschen und der Weidetiere hat für mich dabei klare Priorität. Ich unterstütze die notwendigen Maßnahmen, insbesondere in der Wanderschäferei, in dicht besiedelten und touristisch genutzten Gebieten. Dazu gehören auch ein effektiver und pragmatischer Herdenschutz sowie eine schnellere, unbürokratische und rechtssichere Bejagung des Wolfes auch nach dem ersten Riss.

Besuch beim THW Attendorn

Gäbe es das Technische Hilfswerk (THW) nicht, müsste man es erfinden. Denn ohne die Arbeit des THW mit seinen insgesamt über 80.000 ehrenamtlichen Helfern, würde der Katastrophenschutz in Deutschland nicht funktionieren. Mit dem Attendorner Bürgermeister Christian Pospischil und den Helferinnen und Helfern des Ortsverbandes Attendorn habe ich mich vor Ort über die Arbeit und die aktuellen Herausforderungen ausgetauscht. Danke für das gute Gespräch und das große Engagement!

V. l. n. r.: Daniel Nicklisch (Ortsbeauftragter), Johannes Feiter (Leitung Regionalstelle), Nezahat Baradari MdB, Christian Pospischil (Bürgermeister) und Daniel Becker (Stellv. Ortsbeauftragter)

Gemeinsam für Fortschritt und Demokratie

Im November hatte ich das Vergnügen, Dimitros Mantzos und Milena Apostolaki, zwei hochrangige Abgeordnete der griechischen Partei PASOK, zu treffen. Sie waren auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Athen nach Berlin gekommen. Wir haben uns über verschiedene Themen ausgetauscht, die sowohl für Griechenland als auch für Deutschland und Europa von Bedeutung sind.

Zunächst gratulierte ich zum Erfolg der PASOK bei den griechischen Kommunalwahlen im Herbst, der ein Zeichen für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in sozialdemokratische Politik ist. Die PASOK hat in vielen Regionen und Städten Griechenlands deutlich besser abgeschnitten als erwartet, darunter auch in den bevölkerungsreichsten Städten Athen und Thessaloniki, wo Sozialdemokraten den neun Bürgermeisterämter gewählt wurden.

Wir haben auch über die allgemeine politische Situation in Griechenland gesprochen, die sich in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Auch die Situation in Deutschland und Europa war Thema unseres Gesprächs. Wir haben betont, wie wichtig Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den europäischen Partnern sind, um die vielfältigen Krisen zu bewältigen und eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. Gerade in der aktuellen Situation der Fluchtmigration brauchen die Mittelmeeranrainer mehr Solidarität. Schließlich haben wir auch über den Nahostkonflikt gesprochen, der uns alle beschäftigt. Wir haben auch die Rolle der Europäischen Union hervorgehoben, die eine aktive und glaubwürdige Vermittlerin sein sollte, um den Friedensprozess zu fördern.

Das Treffen war ein guter Austausch mit vielen Gemeinsamkeiten und der Vereinbarung, in Kontakt zu bleiben. Ich bin dankbar für die Gelegenheit, Vertreter der PASOK zu treffen, die eine Kraft für Fortschritt und Demokratie in Griechenland und Europa ist.

Anhörung zum Cannabisgesetz: Geteilte Meinungen

Am 6. November fand im Bundestag eine öffentliche Anhörung zum Cannabisgesetz statt (LINK zur Anhörung) Der Gesetzentwurf sieht den legalen Besitz und Konsum von Cannabis für Erwachsene vor.

So wird die erlaubte Besitzmenge im Eigenanbau angehoben und soll statt wie bisher 25 nun 50 Gramm betragen. Erst ab einer Menge von 60 Gramm soll der Besitz strafbar sein, davor soll es sich um eine Ordnungswidrigkeit handeln.
Außerdem wird klargestellt, dass sich die Angaben auf getrocknetes Cannabis beziehen. Fachleute hatten mehrfach darauf hingewiesen, dass es ansonsten gar nicht möglich wäre, die drei erlaubten Cannabispflanzen abzuernten - die Blüten verlieren bei der Trocknung ungefähr drei Viertel ihres Gewichts.
Ein ähnliches Modell soll auch beim Mitführen von Cannabis außerhalb der eigenen Wohnung gelten: Hier sollen 25 Gramm erlaubt sein, die Schwelle zur Strafbarkeit aber erst bei 30 Gramm liegen und dazwischen eine Ordnungswidrigkeit vorliegen.

Außerdem dürfen nichtgewerbliche Anbauvereinigungen Cannabis künftig anbauen und an ihre Mitglieder zum Eigenkonsum weitergeben. Dafür gelten strenge Vorschriften. So werden für die Anbauvereinigungen maximal 500 Mitglieder zugelassen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben müssen. Zulässig ist nur die Mitgliedschaft in einer Anbauvereinigung. In den Anbauvereinigungen darf Cannabis nur in begrenztem Umfang an Mitglieder weitergegeben werden, wobei die Mitgliedschaft und das Alter zu überprüfen sind.
An Mitglieder weitergegeben werden dürfen maximal 25 Gramm pro Tag oder bis zu 50 Gramm pro Monat. Die Ausgabe von Cannabis an Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren ist auf 30 Gramm pro Monat mit einer Begrenzung des THC-Gehalts (Tetrahydrocannabinol) auf zehn Prozent zulässig. Der Cannabiskonsum in Sichtweite von Anbauvereinigungen

Foto: butsaya33 Adobe Stock

und Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kinderspielplätzen sowie öffentlich zugängliche Sportstätten ist verboten, wobei ein Mindestabstand von 100 Metern bleiben soll. Um insbesondere Kinder und Jugendliche vor der Droge zu schützen, gilt ein allgemeines Werbe- und Sponsoringverbot für Konsumcannabis und Anbauvereinigungen. Es bleibt bei der Verschreibungspflicht für Medizinalcannabis.

Bei der Anhörung gingen die Meinungen zum Gesetzesentwurf auseinander: Ärztefachverbände lehnen die geplante Legalisierung von Cannabis zu Konsumzwecken ab. Sowohl der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) als auch die Bundesärztekammer (BÄK) sowie die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) begründen ihre Haltung insbesondere mit der Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch die Droge.
Andere Sachverständige würdigten hingegen den mit der Reform einhergehenden Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik und forderten teilweise eine noch weitergehende Freigabe von Cannabis. Die Justiz- und Richterverbände sowie die Gewerkschaft der Polizei kritisierten zum Beispiel, dass der Entwurf das Ziel einer Entlastung der Gerichte kaum erreichen dürfte, da die einzelnen Regelungen teils sehr kompliziert seien.

A 45: Einladung an Minister Habeck

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, besuchte im November die SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. Ich habe mich sehr gefreut, dass wir uns bei dieser Gelegenheit auch über die A 45 austauschen konnten.

Foto: Godenschweger Photography

Denn diese verkehrliche Lebensader ist im Bereich der inzwischen gesprengten Rahmedetalbrücke seit fast zwei Jahren gesperrt – mit dramatischen Folgen für die Stadt Lüdenscheid, die Menschen im Märkischen Kreis und in den umliegenden Gemeinden. Die Situation ist und bleibt angespannt – mindestens bis zum Sommer 2026, wenn das erste Teilstück der neuen Brücke eröffnet werden soll.

Die Beratungsfirma IW Consult, ein arbeitgebernahes Wirtschaftsforschungsinstitut, rechnet bis dahin mit einem volkswirtschaftlichen Schaden von „mindestens 1,8 Milliarden Euro“ über einen Zeitraum von fünf Jahren. Das sind fast eine Million Euro pro Tag. Wegen einer einzigen Brücke, wohlgemerkt. Der Fall der Rahmedetalbrücke dürfte in Deutschland bislang einmalig sein. Doch dabei wird es kaum bleiben, denn Verkehrsminister Wissing spricht von bundesweit 4.000 Autobahnbrücken, die saniert werden müssen. Allein auf „unserer“ Sauerlandlinie – der wichtigen Verkehrsachse auf der A 45 zwischen Dortmund und Frankfurt – sind alle 60 Brücken marode.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich nur erahnen. Die betroffenen Regionen brauchen gezielte Förderprogramme, um den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen. Unsere Region kann hier Vorbild sein. Deshalb habe ich Minister Habeck gebeten, gezielte Hilfen zu prüfen und ihn eingeladen, sich vor Ort ein Bild von der Lage der Wirtschaft zu machen. Die Menschen zählen auf uns als Politik – und auf ihn als Minister.

Für die Einhaltung des Völkerrechts

Ich erhalte viele Zuschriften zur Reaktion Israels auf die terroristische Gewalt der Hamas seit dem 7. Oktober und zur Bedeutung der Einhaltung des Völkerrechts. Darauf möchte ich in meinem Newsletter eingehen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat bei seinem Besuch in Israel und Ägypten am 17. und 18. Oktober ausdrücklich betont, dass die Bundesregierung ihr humanitäres Engagement in Gaza fortsetzen wird, um das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern. „Unser Ziel ist es, Zivilisten zu schützen und menschliches Leid zu lindern", so der Bundeskanzler. Nicht zuletzt durch zahlreiche diplomatische Gespräche auf allen Ebenen konnte erreicht werden, dass Ägypten am 20. Oktober den Grenzübergang Rafah für dringend benötigte humanitäre Hilfslieferungen geöffnet hat. Auch der bis gestern anhaltende Waffenstillstand und der Austausch von Geiseln und Gefangenen waren das Ergebnis zahlreicher Gespräche hinter den Kulissen.

Ich verurteile den Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israelis und hoffe, dass alle Geiseln im Gazastreifen bald freigelassen werden und zu ihren Familien zurückkehren können. Israel hat das legitime Recht, sich zu verteidigen und die Sicherheit in und für Israel wiederherzustellen. Selbstverständlich müssen dabei die Prinzipien des humanitären Völkerrechts und der Genfer Konvention eingehalten werden. Diese Pflicht gilt selbstverständlich auch für Israel. Es muss zu einem dauerhaften Waffenstillstand kommen, wie ihn die Vereinten Nationen, die USA, die EU, Ärzte ohne Grenzen und die große Mehrheit der Weltgemeinschaft fordern.

Das militärische Vorgehen im Gaza-Streifen und die damit in Kauf genommene hohe Zahl ziviler Opfer, darunter vor allem Kinder, auf palästinensischer Seite kann ich nicht gutheißen. Hier ist aus meiner persönlichen Sicht die Grenze der Verhältnismäßigkeit weit überschritten. Die gewalttätige Vertreibung von Palästinensern auch im Westjordanland durch Siedler verstößt gegen jegliches Völkerrecht. Dazu hat sich das Auswärtige Amt bzw. die Bundesregierung bereits frühzeitig klar positioniert.
Die Bundesregierung wird sich weiterhin mit diplomatischen Mitteln für Lösungen der zahlreichen Konflikte in der Region einsetzen. Sie hält an der Zweistaatenlösung fest. Es bleibt zu hoffen, dass eines Tages Palästinenser und Israelis auf der Grundlage einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung in Sicherheit, Freiheit, Würde und Gleichberechtigung leben können, auch wenn dies heute weiter entfernt erscheint denn je.

Foto: AdobeStock_487997086-xbrchx

Auch die innenpolitischen Auswirkungen des Konflikts müssen uns allen sehr zu denken geben: Antisemitische Ausschreitungen in unserem Land gegen Menschen jüdischen Glaubens und gegen Synagogen sind inakzeptabel und durch nichts zu rechtfertigen. Jüdisches Leben in Deutschland ist zu schützen und auszubauen. Dies erwächst durch die besondere deutsche historische Verbundenheit zu Jüdinnen und Juden und durch den Holocaust.
Und es ist auch inakzeptabel, wenn Menschen muslimischen Glaubens in Kollektivhaftung genommen, Moscheen beschmiert und antimuslimische Parolen gesellschaftsfähig gemacht werden.

Deeskalierende Sprache und ein kühler Kopf sind jetzt wichtiger denn je - auch angesichts von Hass und Hetze in den sogenannten sozialen Medien. Trotz des großen Leids auf beiden Seiten sollten wir eine sachliche Debatte führen, um den rechten Kräften in unserem Land keinen weiteren Nährboden zu geben.
Ich versichere, dass ich mich im Rahmen meiner Möglichkeiten als Bundestagsabgeordnete in meinen Gremien für die notleidende Zivilbevölkerung in Gaza und für den Frieden im Nahost einsetze.

Schwere Entscheidung für die Gastronomie

Leider müssen Entscheidungen getroffen werden, die uns als Politikerinnen und Politiker schwerfallen. Meine Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion wissen, dass die Gastronomie von der COVID-19-Pandemie besonders betroffen war. Das galt auch für unseren Wahlkreis. Deshalb haben wir öffentliche Mittel eingesetzt, um die Auswirkungen der Krise möglichst stark zu mildern, zum Beispiel durch die November- und Dezemberhilfen. Auch die vorübergehende Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie war als zusätzliche milliardenschwere Unterstützung für die Branche willkommen. Daher haben wir zweimal, im Kontext der anhaltenden Pandemie, ohne zu zögern die Verlängerung der Steuerermäßigung beschlossen bis Ende 2023 beschlossen.

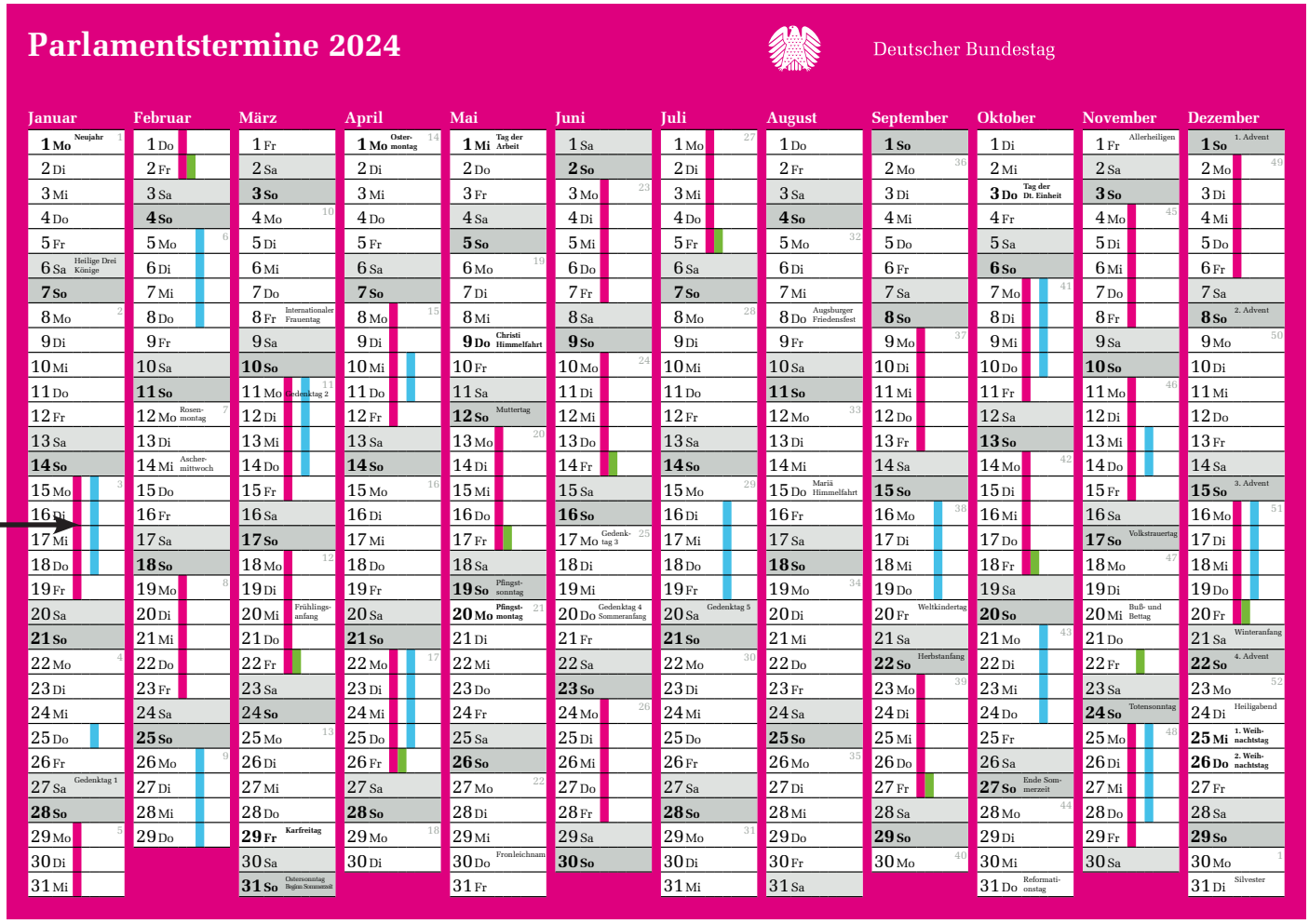
Foto: AdobeStock_250504033_Fxquadro

Wir sehen, dass unsere Maßnahmen wie auch das Kurzarbeitergeld gewirkt haben und die Branche dadurch überwiegend gut durch die Krise gekommen ist. Die Umsätze steigen wieder an, auch wenn das Vorcoronaniveau noch nicht vollständig erreicht ist. Wir haben nun neue Herausforderungen zu meistern. Der Mangel an qualifiziertem Personal belastet derzeit die Gastronomie stark. Im Oktober 2022 hat die Bundesregierung ihre Strategie zur Beschaffung von Fachkräften vorgestellt. Darin wurden Maßnahmen zusammengefasst, die den Mangel an Fach- und Arbeitskräften bekämpfen sollen. Wir haben bereits im Sommer dieses Jahres zwei wichtige Maßnahmen aus der Fachkräftestrategie umgesetzt, nämlich das Aus- und Weiterbildungsgesetz sowie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Das zeigt, dass wir die Branche weiterhin unterstützen, wo es notwendig ist.

Wir haben in der Ampelkoalition ausgiebig diskutiert und festgestellt, dass durch die angespannten Haushaltssituation kein finanzieller Spielraum mehr für eine Verlängerung des reduzierten Satzes besteht. Daher haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern beschlossen, den reduzierten Mehrwertsteuersatz nicht über den 31. Dezember 2023 hinaus zu verlängern. Mir ist sehr bewusst, dass diese Entscheidung für viele Gastwirte schwierig ist. Wir haben alle Faktoren genau geprüft und auch berücksichtigt, dass viele Ökonomen und Ökonominnen sich gegen eine erneute Verlängerung dieser Maßnahme ausgesprochen haben. Dies hat uns zu dieser schweren Entscheidung geführt. In einer schwierigen Haushaltslage müssen wir mit Steuergeldern sehr, sehr vorsichtig umgehen.

Parlaments-Terminkalender 2024

eue Parlamentskalender ist erschienen. Er informiert euch darüber, wann die Sitzungswochen iu Berlin sind. Die Sitzungswochen sind in der Mitte der Monatsspalten mit magentafarbigen Balken markiert. Download des Parlemantskalenders 2024 von der Internetseite des Deutschen BUndestages



Beispiel: Sitzungswoche

Fraktion Intern Nr. 3 verfügbar

De neue Ausgabe des Magazins „Fraktion intern ist verfügbar. Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist „Fortschritt für Dich – Wie wir das Leben vieler Menschen konkret verbessern“ (A4, 24 Seiten, November 2023). Download bei der SPD-Fraktion